LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

26. November 2025

„GLEICHHEIT VOR DEM RECHT VERWIRKLICHEN – SELBSTBESTIMMUNG UND UNTERSTÜTZTE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG“

LIGA-FACHTAG BETREUUNGSVEREINE

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Ablauf

10.00 Uhr Begrüßung

Spannungsverhältnis von Wunsch und Schutz gem. § 1821 BGB

Annette Loer, Richterin am Amtsgericht Hannover, Vorstandsmitglied BGT e.V.,

Vortrag und Gespräch

12.00 Uhr Mittagspause (Catering steht zur Verfügung)

13.00 Uhr Arbeitsgruppen (zwei Durchgänge)

- ✓ AG 1: Zwangsmaßnahmen und Selbstbestimmungsrecht: Vermeidung bzw. Umsetzung von geschlossener Unterbringung, freiheitsentziehenden Maßnahmen und Zwangsbehandlung, Aufgaben und Handlungsspielräume der rechtlichen Betreuung
- ✓ AG 2: Unterstützte Entscheidungsfindung: Erfahrungsaustausch und Kennenlernen von Methoden, Haltungen, Grenzen der Umsetzung
- ✓ AG 3: Modellprojekt Erweiterte Unterstützung: Nicole Pfitzmann und Anke Ekurdi stellen das Modellprojekt vor; mit anschließender Diskussion.
- ✓ AG 4: Aktuelle Herausforderung der Querschnittsarbeit: Der Umgang mit aktuellen Herausforderungen wird im Kontext der anstehenden rechtlichen Rahmenbedingungen gemeinsam beraten (u.a. Anerkennung als Verein, § 8 Evaluation Gesetz zur Ausführung des Betreuungsorganisationsgesetzes im Land Brandenburg)

14.00 Uhr Arbeitsgruppen – siehe oben

15.00 Uhr Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

15.30 Uhr Verabschiedung und Ende

26. November 2025 in Potsdam

LIGA der freien Wohlfahrtsverbände

Fachtag Betreuungsvereine der LIGA Brandenburg 2025

Gleichheit vor dem Recht verwirklichen
Selbstbestimmung und unterstützte Entscheidungsfindung

Zum Spannungsverhältnis von Wunsch und Schutz gemäß § 1821 BGB

Annette Loer
Betreuungsrichterin beim AG Hannover
und im Vorstand des BGT

Hintergrund der Reform von 2023
ein kurzer Rückblick

Neues Betreuungsrecht 1990/1992

- Die rechtliche Betreuung hatte 1992 die Vormundschaft und Entmündigung für Erwachsene abgelöst
- Die Betreuerin hat eine Vertretungsbefugnis,

  die betreute Person behält jedoch ihre Geschäfts- bzw. Einwilligungsfähigkeit.

- Orientiert am „Wohl“ der betreuten Person:

§ 1901 BGB alte Fassung 1992 - 2022

(1) …..

(2) Der Betreuer hat die Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, ***wie es dessen Wohl entspricht****.* ***Zum Wohl des Betreuten gehört auch die Möglichkeit, im Rahmen seiner Fähigkeiten sein Leben nach seinen eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten****.*

(3) Der Betreuer hat ***Wünschen des Betreuten zu entsprechen, soweit dies dessen Wohl nicht zuwiderläuft*** *und dem Betreuer zuzumuten ist. Dies gilt auch für Wünsche, die der Betreute vor der Bestellung des Betreuers geäußert hat, es sei denn, dass er an diesen Wünschen erkennbar nicht festhalten will. Ehe der Betreuer wichtige Angelegenheiten erledigt, bespricht er sie mit dem Betreuten,* ***sofern dies dessen Wohl nicht zuwiderläuft****.*

……

Schon viel besser als die Entmündigung, aber nur begrenzte Selbstbestimmung

Kritikpunkte

- Dritte gehen noch immer von der entmündigenden Wirkung aus
- Die Vertretungsmacht steht im Fokus
- Die Vertretungsmacht nach außen birgt die Gefahr der Fremdbestimmung
- Die „**Wohlschranke**“: Falsche Orientierung an einem objektiv verstandenen „Wohl“ der Betreuten
- unvereinbar mit der UN-Behindertenkonvention!

Art. 12 UN-BRK
Gleiche Anerkennung vor dem Recht

Absatz 3

Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der ***Unterstützung*** *zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer* ***Rechts- und Handlungsfähigkeit*** *gegebenenfalls benötigen.*

- Rechtliche Betreuung als Instrument der Unterstützung

Anlass der Reformüberlegungen

- Kritik des UN-Fachausschusses am deutschen Betreuungsrecht
- Interne Kritik

2 Forschungsvorhaben des BMJV 2015 – 2017 zu
Qualität und Erforderlichkeit:

„Die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ist derzeit nicht durchgängig zufriedenstellend verwirklicht.“

➢ Ein Perspektivwechsel ist gefordert:

Selbstbestimmung statt Fürsorge

Die Betreuerin soll nicht für die Betroffenen entscheiden, sondern sie bei der Entscheidungs-findung unterstützen und dann die getroffene Entscheidung rechtlich umsetzen.

Unterstützte Entscheidungsfindung und -umsetzung

- Abkehr vom rein defizitorientierten Modell der Behinderung und der betreuten Person als Objekt der Fürsorge
- Hinwendung zu einem menschenrechtlichen Modell
  - unter Anerkennung der betreuten Person als Subjekt
  - mit einer eigenen rechtlichen Handlungsfähigkeit
  - mit Unterstützungsbedarf bei der Ausübung dieser Handlungsfähigkeit
  - Gebrauch der Vertretungsmacht nur als rechtliches Instrument zur Umsetzung unter Vermeidung eigener Wertentscheidungen

GEMEINSAM. AUF MEINEM WEG.

Zu mehr Selbstbestimmung in der Betreuung.



Bundesministerium der Justiz

Mehr Selbstbestimmung und Mitsprache. Bessere Qualität und Aufsicht. Eine individuellere Betreuung. Dafür stehen das neue Betreuungsrecht und alle Menschen, die es umsetzen.

Mehr unter www.bmj.de/betreuungsrecht

§ 1821 BGB

Die neue „Magna Charta“

des Betreuungsrechts

§ 1821 BGB (die Magna Charta)

Pflichten des Betreuers; Wünsche des Betreuten

Absatz 1

Der Betreuer nimmt alle Tätigkeiten vor, die erforderlich sind, um die Angelegenheiten des Betreuten rechtlich zu besorgen. Er unterstützt den Betreuten dabei, seine Angelegenheiten rechtlich selbst zu besorgen, und macht von seiner Vertretungsmacht nach § 1823 nur Gebrauch, soweit dies erforderlich ist.

- Unterstützen vor Vertreten
- Innen- und Außenverhältnis

Absatz 2 - Wunschbefolgung

Der Betreuer hat die Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, dass dieser im Rahmen seiner Möglichkeiten sein Leben nach seinen Wünschen gestalten kann. Hierzu hat der Betreuer die Wünsche des Betreuten festzustellen. Diesen hat der Betreuer vorbehaltlich des Absatzes 3 zu entsprechen und den Betreuten bei deren Umsetzung rechtlich zu unterstützen. Dies gilt auch für die Wünsche, die der Betreute vor der Bestellung des Betreuers geäußert hat, es sei denn, dass er an diesen Wünschen erkennbar nicht festhalten will.

Absatz 3 – Grenzen der Wunschbefolgung

Den Wünschen des Betreuten hat der Betreuer nicht zu entsprechen, soweit

1. *die Person des Betreuten oder dessen Vermögen hierdurch erheblich gefährdet würde und der Betreute diese Gefahr aufgrund seiner Krankheit oder Behinderung nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann oder*
2. *dies dem Betreuer nicht zuzumuten ist.*

Absatz 4 - mutmaßlicher Wille

Kann der Betreuer die Wünsche des Betreuten nicht feststellen oder darf er ihnen nach Absatz 3 Nummer 1 nicht entsprechen, hat er den mutmaßlichen Willen des Betreuten aufgrund konkreter Anhaltspunkte zu ermitteln und ihm Geltung zu verschaffen. Zu berücksichtigen sind insbesondere frühere Äußerungen, ethische oder religiöse Überzeugungen und sonstige persönliche Wertvorstellungen des Betreuten. Bei der Feststellung des mutmaßlichen Willens soll nahen Angehörigen und sonstigen Vertrauenspersonen des Betreuten Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

Absätze 5 und 6 – **persönlicher Kontakt und Rehabilitationsauftrag**

Der Betreuer hat den erforderlichen persönlichen Kontakt mit dem Betreuten zu halten, sich regelmäßig einen persönlichen Eindruck von ihm zu verschaffen und dessen Angelegenheiten mit ihm zu besprechen.

Der Betreuer hat innerhalb seines Aufgabenkreises dazu beizutragen, dass Möglichkeiten genutzt werden, die Fähigkeit des Betreuten, seine eigenen Angelegenheiten zu besorgen, wiederherzustellen oder zu verbessern.

§ 1823 BGB - Vertretungsmacht

*In seinem Aufgabenkreis **kann** der Betreuer den Betreuten gerichtlich und außergerichtlich vertreten.*

- Im Außenverhältnis: wirksame Erklärungen im Rahmen des Aufgabenkreises
- Im Innenverhältnis gilt: Unterstützen vor Vertreten

Pflicht zur Wunschbefolgung

- Im Rahmen des Möglichen
- Subjektive Perspektive
- Methode der unterstützten Entscheidungsfindung
- Enge Schutzgrenzen in Absatz 3 als Ausnahme
- Hilfsweise Orientierung am mutmaßlichen Willen (auch bei Gefährdung)

(gilt übrigens auch für Angehörige als Betreuer)

Wunsch - Unterstützung - Schutz

- Betreuer:innen sind keine Sekretär:innen und müssen nur nachrangig zu anderen Hilfen tätig werden
- Sie dürfen einerseits nicht abwarten, bis ihnen ein Auftrag erteilt wird
- Sie müssen aber auch nicht jeden Auftrag ausführen
- Sie müssen die Betreuten vor nicht selbst-bestimmten Gefährdungen schützen

Schutz vor Gefährdung – Absatz 3 Nr. 1

Abkehr von der „Wohlschranke“

1. Erhebliche Gefährdung der Person oder des Vermögens: Gefährdung höherrangiger Rechtsgüter der Betreuten?

Beurteilung aus der subjektiven Perspektive der Betreuten:

was ist erheblich, was ist höherrangig?

Kann ein anderes höherrangiges Ziel der betreuten Person nicht erreicht werden, wenn diesem Wunsch gefolgt wird?

2. Wunsch ist Ausdruck der Erkrankung und entspricht nicht dem freien Willen (Einsichts- oder Urteilsfähigkeit fehlt)!

> **nur die fehlende Eigenverantwortlichkeit rechtfertigt es, gefährdende Wünsche nicht zu befolgen**

Fürsorge contra Selbstbestimmung?

- Wann darf und muss die Betreuerin von dem mit natürlich geäußerten Wunsch der betreuten Person abweichen?
- BVerfG: Recht zur Krankheit einerseits, Schutzpflicht des Staates andererseits

Zur Abwehr von erheblichen Gefährdungen und Schäden, die sie sich aufgrund ihrer Erkrankung zufügen würde

Unzumutbarkeit Abs. 3 Nr. 2

Unzumutbar ist

- die Gefährdung Dritter
- aktive Beteiligung an einer Selbstschädigung?

Grenze der persönlichen Zumutbarkeit?

- zeitlich und umfänglich unangemessene Belastung
- ethisch, moralisch?
- assistierter Suizid?

die Beteiligung an rechtswidrigen Taten ist ohnehin verboten

Mutmaßlicher Wille - Absatz 4 Satz 1

Auf den mutmaßlichen Willen ist dann zurückzugreifen,

- wenn der aktuelle Wunsch nicht feststellbar ist, oder
- wenn die Betreuerin an den geäußerten Wunsch aufgrund einer erheblichen Gefährdung nicht gebunden ist.

Leitfrage: Wie hätte die betreute Person entschieden,

- wenn sie sich jetzt äußern könnte, oder

- wenn die Selbstgefährdung nicht an der krankheitsbedingt fehlenden Eigenverantwortlichkeit liegen würde.

Werbe-block

BGT
Betreuungsgerichtstag e.V.

BGTalk 12-25
Der mutmaßlicher Wille in der rechtlichen Betreuung
02. Dezember 2025
17:00 - 19:00 Uhr - online

Hier gehts zur Anmeldung

Seit der Reform des Betreuungsrechts hat der mutmaßliche Wille der betreuten Person eine größere Bedeutung für die Führung einer Betreuung erhalten. In gesundheitlichen Angelegenheiten ist der mutmaßliche Wille als Handlungsmaßstab bereits seit 2009 gesetzlich vorgegeben. Mit der Reform ist klargestellt, dass er in allen Angelegenheiten, auch in der Vermögenssorge, von Bedeutung ist. Für Betreuer:innen und Gerichte kann dessen Beachtung eine Herausforderung darstellen. Nach einer kurzen Einführung in die Gesetzeslage soll anhand von Fallbeispielen diskutiert werden, wie Betreuer:innen handeln, wenn der Wille des betreuten Menschen unklar oder nicht ermittelbar ist und wi der mutmaßliche Wille von Betreuer:innen und den Rechtspfleger:innen im Rahmen der gerichtlichen Aufsicht ermittelt wird.

Diskutieren Sie mit – wir freuen uns auf Ihre Perspektiven!



Annette Loer
Richterin am Amtsgericht Hannover



Mandy Catic
Betreuerin und Fortbildungsreferentin, Leverkusen



Ulrike Thielke
Rechtspflegerin am Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Potsdam 26.11.2025, Annette Loer

Feststellung des mutmaßlichen Willens, Satz 2

„Zu berücksichtigen sind insbesondere ….

- war bisher nur bei der Patientenverfügung in § 1901a BGB benannt, gilt jetzt für alle Bereiche
- soweit erforderlich: Gespräch mit Dritten zur Ermittlung der Einstellungen und Präferenzen

  (als Informationsquelle, kein Recht der Angehörigen auf Auskunft).

> Rekonstruktion durch ausschließlich subjektive Kriterien:

„Der Betreuer stellt letztlich ein These auf, wie sich der Betreute selbst in der konkreten Situation entschieden hätte, wenn er noch über sich selbst bestimmen könnte“ (BGH vom 8.2.2017 – XII ZB 604/15)

und wenn konkrete Anhaltspunkte kaum festgestellt werden können?

Wie ist bei unzureichenden Hinweisen zu entscheiden?

- Auch dann **kein** Rückgriff auf das „Wohl“,
- sondern auf allgemeine Lebenserfahrung bezüglich Menschen in genau dieser Situation und mit dem Hintergrund der betreuten Person

Die Frage ist nicht:

„Was wäre jetzt das Beste für diesen Menschen?“, sondern

„Wie würde dieser Mensch jetzt entscheiden?“

Beispiel

Heimeinweisung gegen den natürlichen Willen der Betreuten wegen unzureichender häuslicher Versorgung und Weigerung, einen Pflegedienst zuzulassen:

„Ich will nicht ins Heim!“

Weitere Beispiel aus allen Bereiche

Anschaffung eines Haustieres
trotz hoher Kosten

Buchung einer Urlaubsreise
trotz instabiler Gesundheit

Absetzen der Medikation
trotz Gefahr der Dekompensation

…….

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Wünsche?

Diskussion

Potsdam 26.11.2025, Annette Loer

Haftung - § 1826 BGB

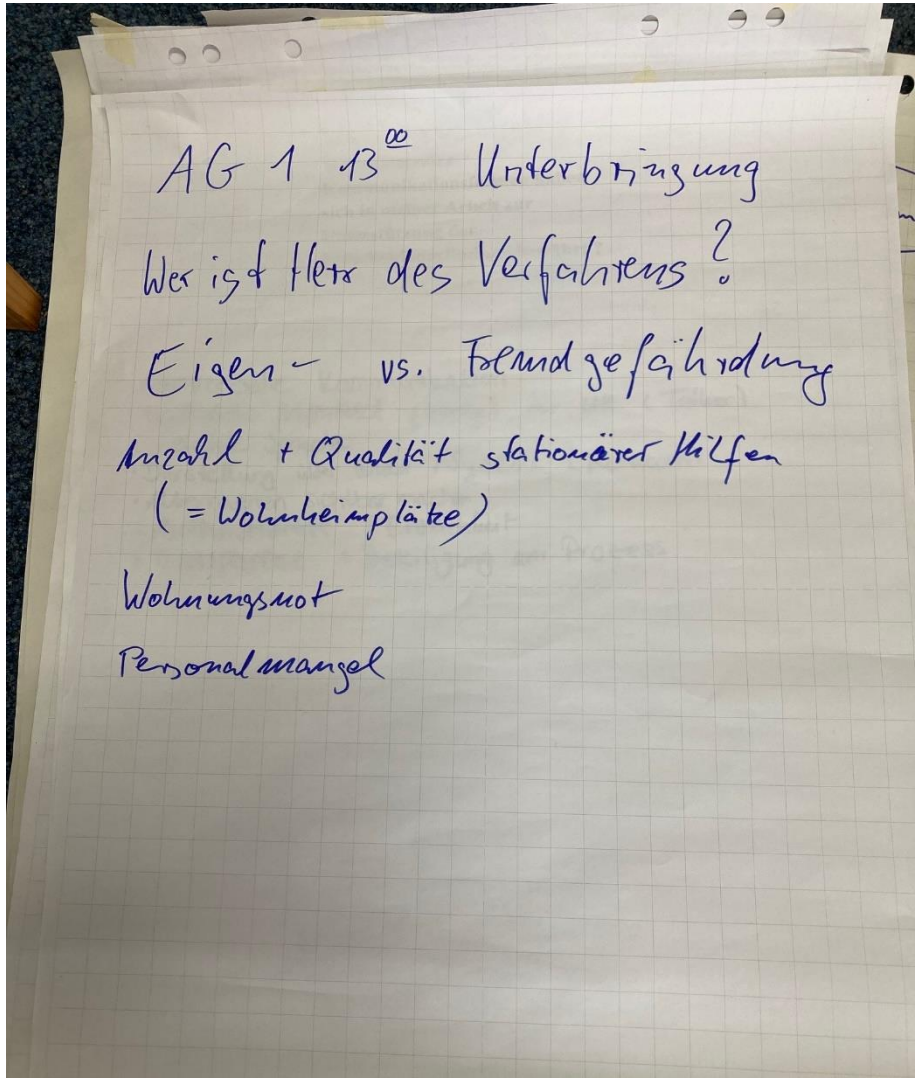
(1) Der Betreuer ist dem Betreuten für den aus einer Pflichtverletzung entstehenden Schaden verantwortlich. Dies gilt nicht, wenn der Betreuer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

Voraussetzung: Verletzung einer Pflicht **aus dem Betreuungsverhältnis**

- Verstöße gegen das allgemeine Gebot einer ordnungsgemäßen Amtsführung
- Verstöße gegen die nach § 1821 BGB zugewiesenen Pflichten, wie etwa gegen die Wunschbefolgungspflicht und die Kontakt- und Besprechungspflicht
- Verstöße gegen aufgabenbereichsspezifische Pflichten

Weitere Voraussetzungen der Haftung

- Verschulden der Betreuerin
- Vorliegen eines Schadens
- Kausalität (ursächlicher Zusammenhang) zwischen der Pflichtverletzung und dem Schaden



AG 1: Zwangsmaßnahmen und Selbstbestimmungsrecht

Unterbringung

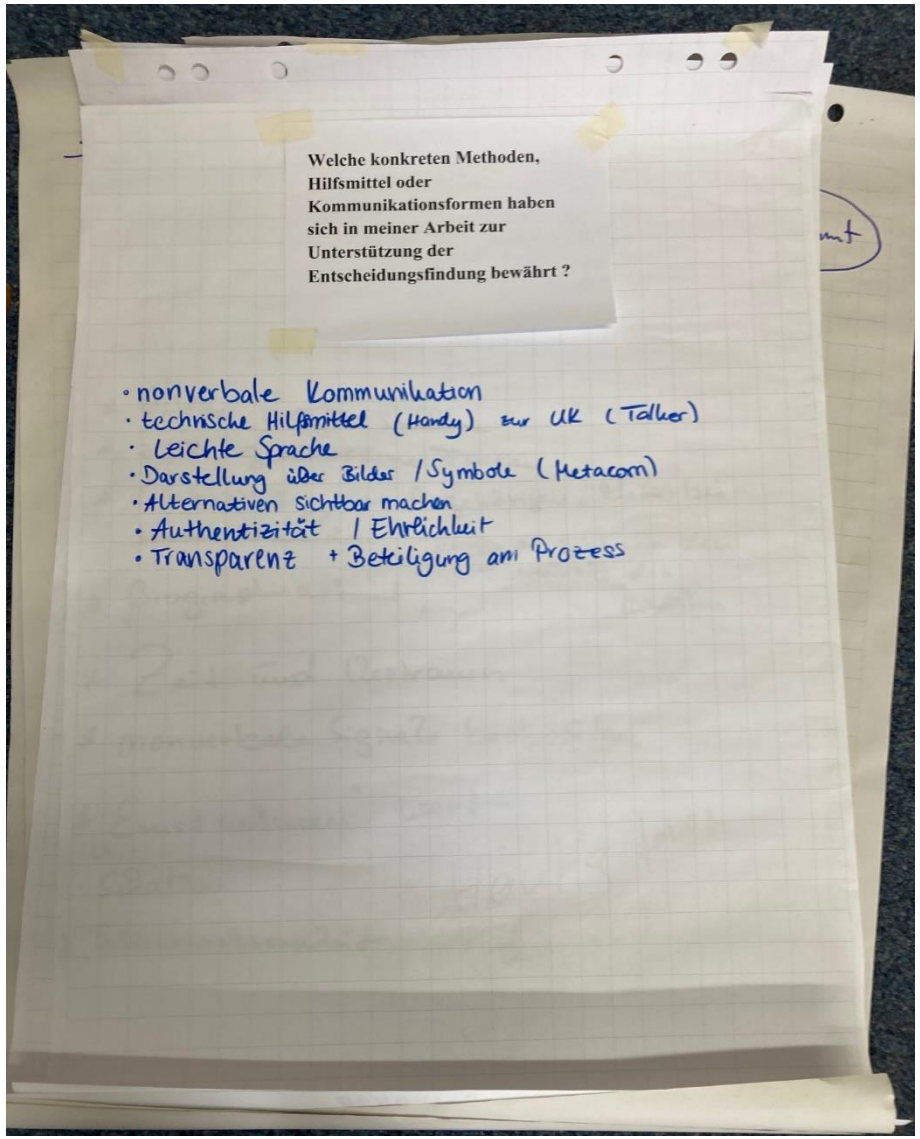
- Wer ist Herr des Verfahrens?
- Eigen- vs. Fremdgefährdung
- Anzahl + Qualität stationärer Hilfen (= Wohnheimplätze)
- Wohnungsnot
- Personalmangel

LIGA-Fachtag Betreuungsvereine

„Gleichheit vor dem Recht verwirklichen - Selbstbestimmung und unterstützte Entscheidungsfindung“

am 26. November 2025 von 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg



AG 2: Unterstützte Entscheidungsfindung

Welche konkreten Methoden, Hilfsmittel oder Kommunikationsformen haben sich in meiner Arbeit zur Unterstützung der Entscheidungsfindung bewährt?

- nonverbale Kommunikation
- technische Hilfsmittel (Handy) zur UK (Talker)
- Leichte Sprache
- Darstellung über Bilder / Symbole (Metacom)
- Alternativen sichtbar machen
- Authentizität / Ehrlichkeit
- Transparenz + Beteiligung am Prozess

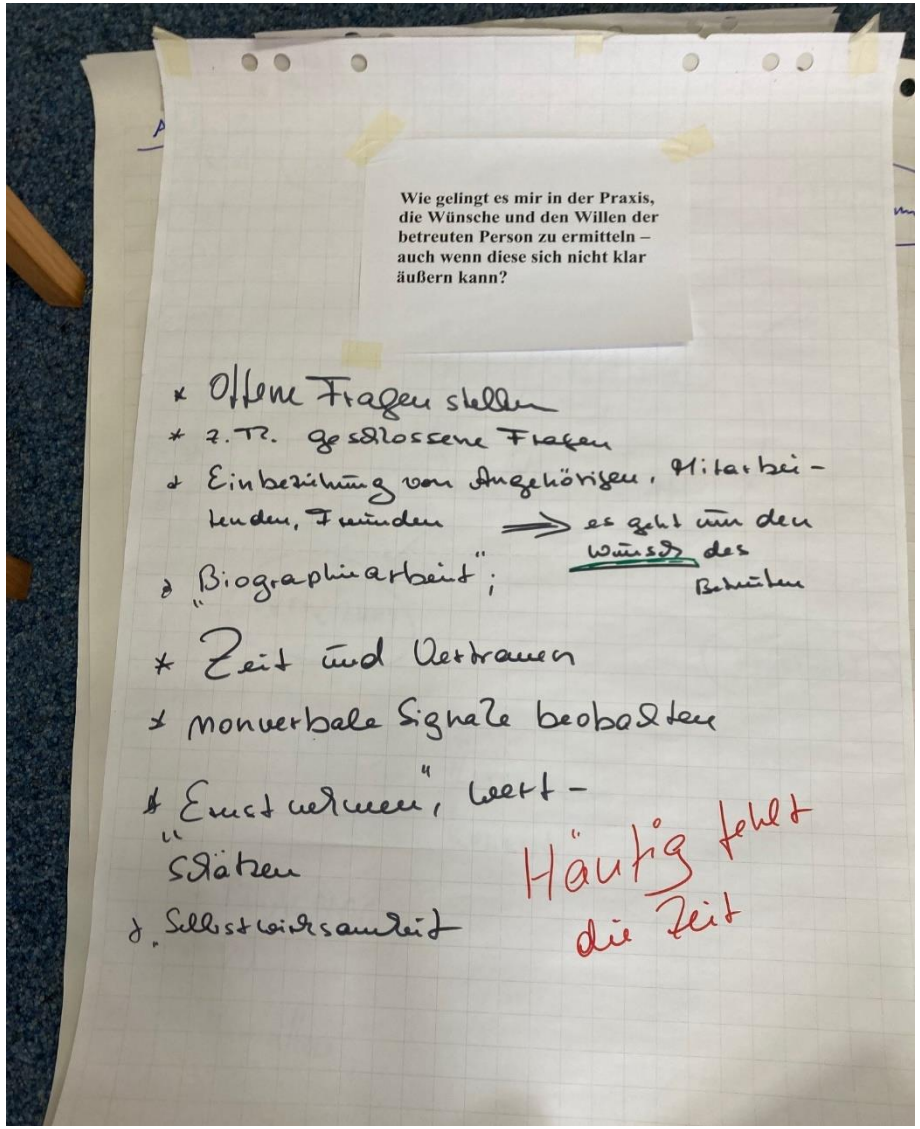
AWO caritas DEUTSCHES ROTES KREUZ Diakonie PARITÄT ZWST

LIGA-Fachtag Betreuungsvereine

„Gleichheit vor dem Recht verwirklichen - Selbstbestimmung und unterstützte Entscheidungsfindung“

am 26. November 2025 von 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg



AG 3: Modellprojekt Erweiterte Unterstützung

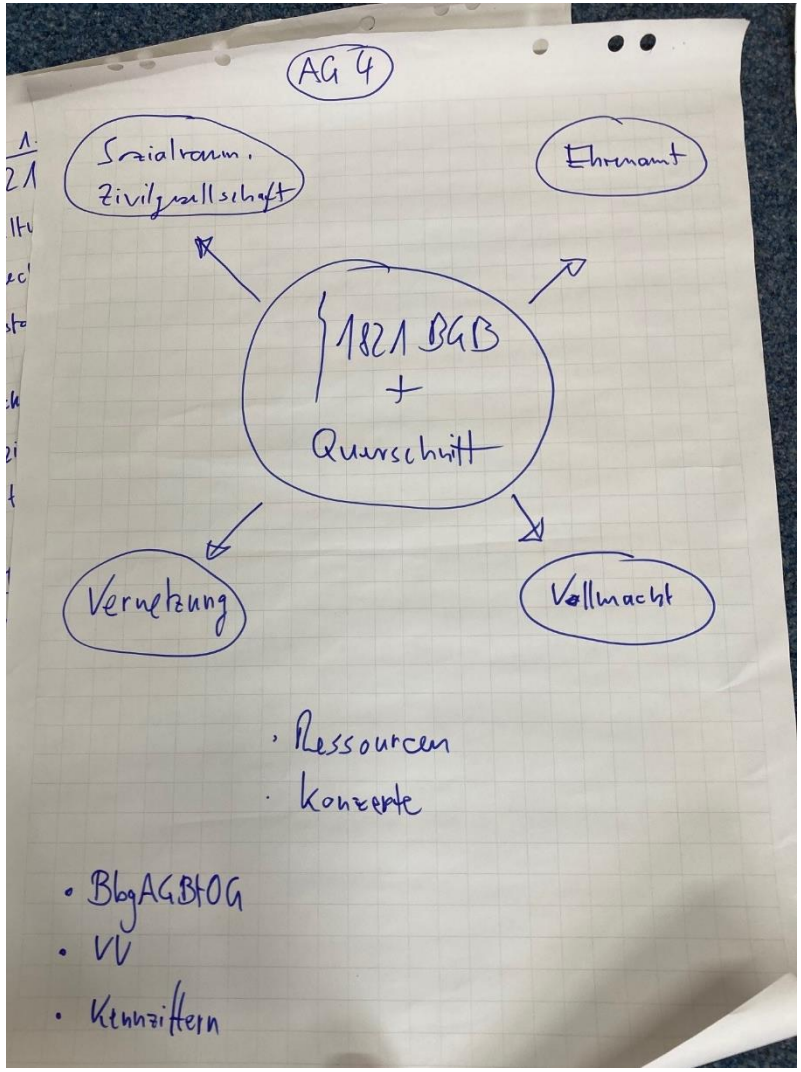
Wie gelingt es mir in der Praxis, die Wünsche und den Willen der betreuten Person zu ermitteln – auch wenn diese sich nicht klar äußern kann

- Offene Fragen stellen
- z. T. geschlossene Fragen
- Einbeziehung von Angehörigen, Mitarbeitenden → *es geht um den Wunsch des Betreuten*
- „Biographiearbeit“
- Zeit und Vertrauen
- nonverbale Signale beobachten
- „Ernstnehmen“, Wertschätzen
- Selbstwirksamkeit
- Häufig fehlt die Zeit

LIGA-Fachtag Betreuungsvereine

„Gleichheit vor dem Recht verwirklichen - Selbstbestimmung und unterstützte Entscheidungsfindung“

am 26. November 2025 von 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr



AG 4: Aktuelle Herausforderung der Querschnittsarbeit

Sozialraum / Zivilgesellschaft

Ehrenamt

§ 1821 BGB + Querschnitt

Vernetzung

Vollmacht

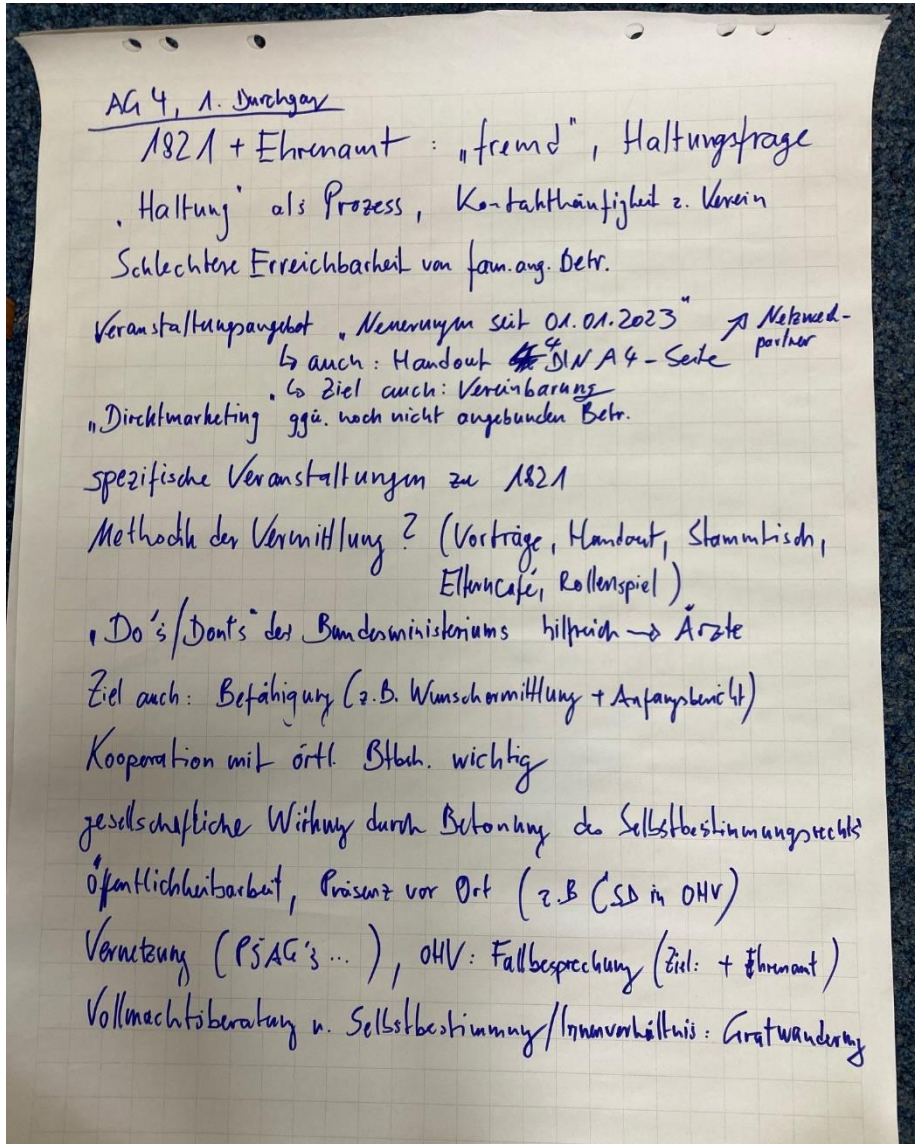
- Ressourcen
- Konzepte

- BbgAGBtOG
- VV
- Kennziffern

LIGA-Fachtag Betreuungsvereine

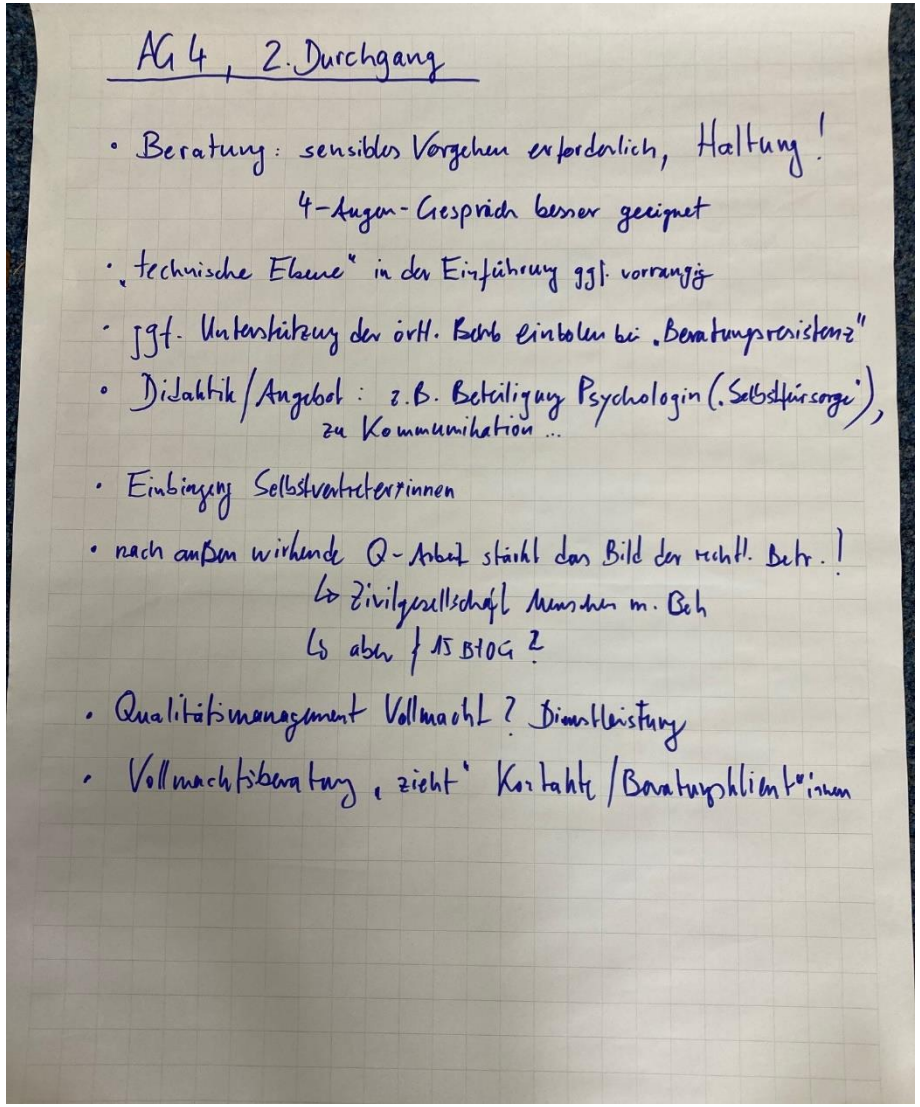
„Gleichheit vor dem Recht verwirklichen - Selbstbestimmung und unterstützte Entscheidungsfindung“

am 26. November 2025 von 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr



AG 4, Erster Durchgang

- 1821 + Ehrenamt: „fremd“, Haltungsfrage
- „Haltung“ als Prozess, Kontakthäufigkeit z. Verein
- Schlechtere Erreichbarkeit von familienang. Betr.
- Veranstaltungsangebot „Neuerungen seit 01.01.2023“
  → auch: Handout (4 Din A4 Seiten --> Netzwerkpartner)
  → Ziel auch: Vereinbarung
- „Direktmarketing“ ggü. noch nicht angebundenen Betr. (telef. Ansprache)
- spezifische Veranstaltungen zu §1821
  Methoden der Vermittlung? (Vorträge, Handout, Stammtisch, Elterncafé, Rollenspiel)
- Do’s / Dont’s des Bundesministeriums hilfreich → Ärzte
  Ziel auch: Befähigung (z. B. Wunschermittlung + Anfangsbericht)
- Kooperation mit örtl. Betreuungsbehörden wichtig
- gesellschaftliche Wirkung durch Betonung des Selbstbestimmungsrechts
- Öffentlichkeitsarbeit, Präsenz vor Ort (z. B. SD in OHV)
- Vernetzung (PSAGs …), OHV: Fallbesprechung (Ziel: Teilnahme Ehrenamt)
- Vollmachtsberatung zur Selbstbestimmung / Innenverhältnis: Gratwanderung für die Beratenden



AG 4, Zweiter Durchgang

- Beratung: sensibles Vorgehen erforderlich, **Haltung!**
  4-Augen-Gespräch besser geeignet
- „technische Ebene“ der betreuungsarbeit in der Einführung ggf. vorrangig
- ggf. Unterstützung der örtl. Betreuungsbehörde einholen bei „Beratungsresistenz“
- Didaktik / Angebot: z. B. Beteiligung Psychologin (zu Selbstfürsorge), zu Kommunikation usw.
- Einbezug Selbstvertreter:innen
- nach außen wirkende Q-Arbeit stärkt das Bild der rechtl. Betr.!
  → Zivilgesellschaft: Menschen m. Beh. werden gesehen
  → aber §15 BtOG ausreichend als Rechtsgrundlage?
- Qualitätsmanagement Vollmachtsberatung? Dienstleistung, z.B. Newsletter an Beratene usw.
- Vollmachtsberatung „zieht“ Kontakte / Beratungklient*innen

Zivilrechtliche Unterbringung nach § 1906 Abs. 1 BGB
- Ergebnisse der AG, Empfehlungen –

1. Ausgangslage

Die Nachfrage nach geschlossenen Unterbringungsformen im Bereich stationärer Wohnformen der Eingliederungshilfe (§§ 53 ff. SGB XII) in Brandenburg nimmt zu. Nach Auskunft der 18 örtlichen Träger der Sozialhilfe entwickelten sich die Fälle untergebrachter Brandenburgerinnen und Brandenburger in anderen Bundesländern wie folgt:

2007	31
2008	39
2009	57

In diesen Fällen scheiterte eine wohnortnahe Versorgung mangels ausreichender und geeigneter Angebote in Brandenburg. Sowohl die Ursachen für die Zunahme der Nachfrage und mögliche Antworten darauf bedürfen deshalb der kritischen Diskussion.

Hierbei handelt es sich vornehmlich um Menschen mit Unterbringungsbeschluss nach § 1906 Abs. 1 BGB infolge schwerer autoaggressiver Verhaltensweisen bedingt durch psychische Erkrankungen, Abhängigkeitserkrankungen und/oder geistiger Behinderung.

2. Empfehlungen

2.1 Offene Einrichtungen mit fakultativ geschlossenen Plätzen

Geschlossene Unterbringungssettings werden fakultativ in offenen Einrichtungen vorgehalten. Freiheitsentziehende Maßnahmen werden mit differenzierten und abgestuften Konzepten realisiert, um die geschlossene Unterbringung schnellstmöglich aufzuheben. Ein Einrichtungswechsel wird beim Wechsel vom geschlossenen in das offene Setting vermieden und die Betreuungskontinuität wird dadurch gestärkt.

2.2 Die geschlossene Unterbringung ist Teil der regionalen Versorgungsstruktur

Mit einer modularen Leistungserbringung, eingebettet im gemeindepsychiatrischen Versorgungskontext (z. B. Beschäftigungs- und Freizeitangebote), wird das Ziel einer schnellstmöglichen Reintegration und Teilhabe gefördert.

2.3 Regionale Verantwortung

Die Akteure der psychosozialen Versorgung sind verantwortlich den hilfsbedürftigen Menschen angemessene und notwendige Angebote in der Region zur Verfügung zu stellen. Menschen, die geschlossen untergebracht werden müssen, haben in der Regel einen ressourcenintensiven und komplexen Hilfebedarf. Dies setzt eine gemeinsam getragene Verantwortung der Beteiligten in der Versorgungsregion voraus.

2.4 Förderung von Inklusion (siehe UN-Behindertenrechtskonvention)

Im Vorfeld, im Nachgang und bei der Umsetzung einer geschlossenen Unterbringung sind Anstrengungen zu unternehmen, um Ausgrenzung zu vermeiden und Inklusion zu fördern. Aus diesen Gründen sind Einrichtungen mit durchgängig geschlossenem Setting abzulehnen. Ebenso sind geschlossene Unterbringungen außerhalb der Versorgungsregion abzulehnen.

3. Steuerung

Der Bedarf fakultativ geschlossener Unterbringungssettings in einer offenen Einrichtung ist im regionalen Versorgungskontext zu beurteilen. Der Zugang, die Umsetzung und die Beendigung der Unterbringung sind personenzentriert, wohnort- und gemeindenah zu konkretisieren.

3.1 Rechtlicher Rahmen

Es gelten die Voraussetzungen nach § 1906 Abs. 1 BGB. Die Abgrenzung der Eigen- und Fremdgefährdung und die daraus abzuleitende Unterbringungsmaßnahme (BbgPsychKG vs. 1906 Abs. 1 BGB) erfolgt durch das Amtsgericht. Der individuelle Rechtsanspruch auf Teilhabeleistungen wird über die Eingliederungshilfe (§§ 53 ff. SGB XII) gewährleistet.

3.2 Transparenz und Steuerung

Die Einbindung fakultativ geschlossener Versorgungsangebote in die gemeindepsychiatrische Versorgungslandschaft erhöht die Transparenz.

In der Versorgungsregion ist ein Steuerungsgremium, in dem alle Akteure der psychosozialen Versorgung der Region vertreten sind, erforderlich. Gemeindepsychiatrische Verbünde können als Modell dienen.

Es bedarf eines teilhabeorientierten Gesamtkonzepts im Sinne von § 12 SGB IX. Dabei ist die Dauer der Unterbringungsmaßnahme auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen.

4. Qualitätssicherung

4.1 Indikatoren der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität werden auf Ebenen der Person, der Einrichtungen und der Versorgungsregion festgelegt, überprüft und regelmäßig fortgeschrieben.

4.2 Datenerfassung

Die Versorgungsregionen erfassen anonymisiert statistisch alle Beschlüsse nach § 1906 Abs. 1 BGB, insbesondere Ort und Einrichtung der Unterbringung, soziodemografische und klinische Daten und Verweildauern. Diese Daten werden überregional ausgewertet und das Ergebnis den Versorgungsregionen zur Verfügung gestellt.

4.3 Besuchskommissionen und die Aufsicht für unterstützende Wohnformen besuchen in regelmäßigen Abständen die Einrichtungen

5. Umsetzung

5.1 Fakultativ geschlossene Unterbringungsangebote müssen konzeptionell beschrieben und vor dem Hintergrund einer regionalen Versorgungsverpflichtung verankert und abgestimmt sein. Das Konzept muss Aussagen zur Qualitätssicherung (insbesondere der Aufnahme und Entlassung aus der geschlossenen Betreuung) und zur Qualitätsentwicklung insgesamt enthalten.

5.2 Rahmenbedingungen

Offene Einrichtungen müssen in der Lage sein besonders ressourcenintensive Betreuungssituationen und -phasen zu bewältigen.

Qualifizierte Angebote an fakultativ geschlossenen Betreuungsangeboten erfordern angemessene finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen, z.B. Absicherung erforderlicher investiver Kosten und eines entsprechenden Personalbedarfs.

Die Anzahl der vorgehaltenen Plätze für geschlossene Unterbringungen in einer Einrichtung wirkt sich milieubildend aus und beeinflusst das Normalitätsprinzip und die Belegungsdynamik. Deshalb ist die Zahl der geschlossenen Betreuungsplätze pro Einrichtung auf ein Höchstmaß (in der Regel 10% der Gesamtkapazität) zu begrenzen und im Einzelnen konzeptionell zu begründen.

Stand: 28.07.2016

Empfehlungen der Unterarbeitsgruppe[1] der AG 27 EGH
- Zivilrechtliche Unterbringung gem. § 1906 Abs.1 BGB –

1. Ausgangslage

Im Zuge der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen wird die Notwendigkeit von personenzentrierten Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit vielschichtigem Hilfe- und Unterstützungsbedarf in der Eingliederungshilfe deutlich.
Zurzeit werden Menschen mit einem Beschluss zur zivilrechtlichen Unterbringung nach § 1906 BGB nicht in Brandenburg, sondern in der Regel wohnortfern in anderen Bundesländern versorgt. Das lässt sich anhand folgender von den örtlichen Sozialhilfeträgern des Landes Brandenburg zur Verfügung gestellter Fallzahlen belegen.
Eine erste Abfrage (Stand 29.06.2015) ergab, dass 43 Brandenburgerinnen und Brandenburger mit einem Beschluss nach § 1906 BGB zivilrechtlich untergebracht waren. Die zweite Abfrage mit Stand vom 12.04.2016 zeigte eine Steigerung auf 51 untergebrachte Personen, wovon eine/r in einer Einrichtung im Land Brandenburg lebt.

2. Zielstellung

Im Sinne der Förderung von Inklusion und Selbstbestimmung sollten betroffene Personen möglichst in ihrem gewohnten sozialen Umfeld und ihren Wünschen entsprechend betreut werden. Hierzu ist es unabdingbar, geeignete stationäre Plätze zur Unterbringung nach § 1906 BGB im Land Brandenburg vorzuhalten.
Den Leistungsanbietern wird empfohlen, Konzepte zu entwickeln, welche die Vorhaltung vereinzelter Plätze für Bewohner/innen mit Unterbringungsbeschluss in bestehenden Einrichtungen der Eingliederungshilfe vorsehen (maximal 10 Prozent der Gesamtkapazität). Heterogenität innerhalb der Bewohnerschaft bietet Potentiale zur Freisetzung von Synergien, welche im Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Hilfebedarfen entstehen können. Auch wird der Wechsel einer Einrichtung sowohl bei Notwendig-Werden eines Beschlusses, als auch bei dessen Beendigung obsolet. Bei Vorliegen eines Unterbringungsbeschlusses nach § 1906 BGB richten sich die Hilfen zur Teilhabe darauf aus, den Betroffenen zu einem Leben außerhalb geschlossener Unterbringung bzw. einem Leben ohne Unterbringungsbeschluss zu befähigen und die Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen durch geeignete Alternativen zu vermeiden. Die Chronifizierung eines Beschlusses ist grundsätzlich zu vermeiden.

[1] Zusammensetzung der Unterarbeitsgruppe:
Sachgebietsleiterin Sozialamt LK Dahme-Spreewald, Vertreterin der Serviceeinheit Entgeltwesen, externer fachlicher Berater, Vertreterin des Fachdienstes (LASV) und zwei Vertreter der Aufsicht für unterstützende Wohnformen (LASV)

3. Rechtliche Grundlage

Das Pflege- und Betreuungswohngesetz des Landes Brandenburg verpflichtet Leistungsanbieter zur Einhaltung verfassungsrechtlicher Grundrechte von pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen, die in unterstützenden Wohnformen leben. Im Mittelpunkt der Arbeit des Leistungsanbieters steht dabei auch die fachliche Abwägung zwischen der Einhaltung der Freiheitsrechte und der Selbstbestimmung sowie dem angemessenen Schutz der Würde und der Gesundheit der betroffenen Person. Dieser Ansatz der personenbezogenen Betrachtung der jeweiligen individuellen Situation spiegelt sich in der Anwendung des § 1906 BGB wider.

Eine zivilrechtliche Unterbringung nach § 1906 BGB
„ist nur zulässig, solange sie zum Wohl des Betreuten erforderlich ist[…]“[2].

Dies impliziert auch, dass ein Beschluss zur zivilrechtlichen Unterbringung nach § 1906 BGB nicht mit einer dauerhaften Freiheitsentziehung gleichzusetzen ist. Das Vorhandensein eines solchen Beschlusses verpflichtet nicht zu dessen ständiger Anwendung. Vielmehr berechtigt er zu freiheitsbeschränkenden Eingriffen in die Selbstbestimmung, die immer als letztes Mittel zur Vermeidung einer Selbstgefährdung zu handhaben sind. Die Unterbringung muss in jedem Fall von der gerichtlich bestellten Betreuerin bzw. vom gerichtlich bestellten Betreuer veranlasst werden. Die Betreuerin/ Der Betreuer kann die Unterbringung auch vor Ablauf der Beschlussdauer beendigen.
Der Anwendungsbereich des § 1906 BGB ist eindeutig auf Selbstgefährdung begrenzt. Freiheitsbeschränkungen wegen Fremdgefährdung sind in Brandenburg ausschließlich auf der Grundlage des BbgPsychKG[3] möglich. Das heißt, dass sie immer in den Kliniken durchzuführen sind, die dafür mit hoheitlichen Rechten beliehen sind. Die Unterbringung gem. § 1906 BGB ist demzufolge kein legitimes Mittel zur Begrenzung fremdgefährdender Verhaltensweisen.

4. Empfehlungen

Aus den vorangestellten Ausführungen ergeben sich spezielle Anforderungen an die Betreuung dieses Personenkreises, welche als Empfehlungen in der Unterarbeitsgruppe erarbeitet wurden.

- Eine Person mit Unterbringungsbeschluss nach § 1906 BGB ist bei Vorliegen der leistungsrechtlichen Voraussetzungen weiterhin partizipierendes Mitglied der Eingliederungshilfe im Sinne des SGB XII. Es gilt das Ziel der größtmöglichen gesellschaftlichen Integration. Jede/r Betroffene ist individuell zu betrachten, hierzu sollte ein situativ personenbezogener fachlicher Ansatz durch alle am Prozess beteiligten Akteure gewählt werden.

- Eine Unterbringung gem. § 1906 BGB bedarf einer engen Zusammenarbeit zwischen Einrichtung, gerichtlich bestelltem Betreuer der betroffenen Person und Betreuungsgericht. Ein regelmäßiger Austausch aller an der Betreuung Beteiligten ist zu empfehlen.

---

[2] § 1906 Abs. 1 S. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Stand 11.03.2016
[3] Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz)

- Die Konzeption der aufnehmenden Einrichtung muss an die speziellen Herausforderungen und Bedürfnisse von Personen mit einem Beschluss zur zivilrechtlichen Unterbringung nach § 1906 BGB angepasst werden. Durch das Festlegen von Zielen und Rahmenbedingungen ist eine klar definierte fachliche Basis zu schaffen, an der sich die Beteiligten orientieren können.

- Entscheidend bei der entwicklungsorientierten und personenbezogenen Arbeit ist der Einbezug von Erkenntnissen verschiedener Professionen. Demnach ist die Betreuung durch ein multiprofessionelles Team zu favorisieren. Im Hinblick auf die vorzuhaltenden Qualifikationen der Mitarbeiter/innen ist der weiterhin gültige Erlass zur Anwendung der Heimpersonalverordnung des damaligen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 24.03.2005 zu beachten. Das Team muss Zugang zu fachlich notwendigen Fort- und Weiterbildungsangeboten sowie Supervision haben. Insbesondere sollte größtmögliche Expertise auf dem Gebiet der freiheitsentziehenden Maßnahmen angestrebt werden.

- Die Notwendigkeit des Beschlusses und die Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen sind kontinuierlich zu überprüfen, auf Veränderungen muss umgehend und adäquat reagiert werden. Die Durchführung freiheitsentziehender Maßnahmen ist in jedem Einzelfall nach Art, Zeitpunkt und Dauer zu dokumentieren.

- Menschen mit selbstgefährdenden Verhaltensweisen, auch und gerade in der besonderen Situation der Freiheitsbeschränkung, bedürfen intensiver individueller Beaufsichtigung. Freiheitsbeschränkende Maßnahmen sind kein Ersatz für einen qualitativ und quantitativ hinreichenden Personaleinsatz. Im Interesse der Betroffenen müssen individuelle Ermessensentscheidungen getroffen werden.

- Es bedarf einer regelmäßigen Dokumentation von relevanten Betreuungssituationen. Dies gilt insbesondere innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Beschlusses. In der Dokumentation ist dabei hervorzuheben, welche Situationen eine Anwendung des Beschlusses nötig machen. Die Häufigkeit der Anwendung und die Entwicklung der/des Betroffenen im Hinblick auf den Umgang mit ähnlichen Situationen sind darzustellen.

- Bei der Betreuung von Personen mit einem Beschluss gem. § 1906 BGB sollte nach Möglichkeit das Zwei-Milieu-Prinzip verfolgt werden. Die Anwendung des Zwei-Milieu-Prinzips impliziert hierbei nicht zwangsläufig einen Ortswechsel oder die Arbeit in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Es gilt fallspezifische Lösungen zu schaffen. Die Hilfe zur Teilhabe muss in Planung und Durchführung eine geeignete individuelle und personenzentrierte Tagesstruktur ermöglichen.

- Die Orientierung des Leistungsanbieters in den Sozialraum und die Nutzung regionaler Versorgungsstrukturen ist in der Arbeit mit diesem Personenkreis von großer Bedeutung. Das Eingehen von Kooperationen verschiedener Leistungsanbieter und weiterer Akteure wie dem Sozialpsychiatrischen Dienst kann sowohl in der täglichen Betreuung als auch im Umgang mit Krisensituationen Unterstützung ermöglichen. Auch bietet es sich an, Kliniken als feste Ansprechpartner für entsprechende Situationen zu gewinnen.

5. Umsetzung

Die Unterarbeitsgruppe wurde eine Zusammenarbeit folgender, am Prozess beteiligter Institutionen angeregt. Liegt ein Beschluss zur Unterbringung gem. § 1906 BGB vor, sollten im Sinne der/des Betroffenen Absprachen zwischen dem Leistungsanbieter, dem örtlichen Sozialhilfeträger, der Serviceeinheit, dem überörtlichen Sozialhilfeträger und der Aufsicht für unterstützende Wohnformen getroffen werden. Um den Leistungsanbieter in diesem Prozess zu unterstützen und eine Partizipation des betroffenen Menschen zu erreichen, gilt es, größtmögliche Transparenz zu schaffen. Dies beinhaltet die Beachtung des rechtlichen Rahmens in dem sich ein Beschluss nach § 1906 BGB bewegt, die fachliche Einschätzung und Aufsicht der konkreten Betreuungssituation sowie eine konkrete Darstellung der finanziellen Möglichkeiten innerhalb der Betreuung.

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Betreuungsverein Potsdam
Beratungsstelle für ehrenamtliche Betreuer/innen

Neuerungen im Betreuungsrecht ab 2023

- **Erforderlichkeitsgrundsatz (Betreuungseinrichtung und Betreuungsführung)**
- **Selbstbestimmung**
- **Wunscherfüllung und Wunschbefolgungspflicht**
- **Unterstützte Entscheidungsfindung**

1. Erforderlichkeitsgrundsatz in der rechtlichen Betreuung

Erforderlichkeit im Vorfeld der rechtlichen Betreuung:
Ein Betreuer wird nur bestellt, wenn dies erforderlich ist. - § 1814 Abs. 3 BGB

- Keine pauschale Anregung der Betreuung, nur weil ein Defizit und erkennbarer Hilfebedarf besteht
- Rechtliche Betreuung ist immer die „Ultima ratio“, das letzte Mittel
- Einrichtung einer Betreuung nur dann, wenn alle anderen verfügbaren Unterstützungsangebote ausgeschöpft sind und nicht ausreichen
- Erweiterte Unterstützung als neues Instrument der Betreuungsbehörde!

Erforderlichkeit während der Betreuungsführung:
„Unterstützen vor Vertreten“
Nach § 1821 Abs. 1 Satz 2 BGB unterstützt der rechtliche Betreuer die betreute Person dabei, ihre Angelegenheiten rechtlich selbst zu besorgen und macht von seiner Vertretungsmacht im Rechtsverkehr nur noch Gebrauch, wenn dies erforderlich ist.

- Die Bestellung eines rechtlichen Betreuers hat weder Geschäftsunfähigkeit noch
- Einwilligungsunfähigkeit der betreuten Person zur Folge
- Keine Antragstellungen bei Ämtern und Behörden per se in Vertretung für die betreute Person

Beispiele:
Der Werkstattvertrag wird an den rechtlichen Betreuer geschickt, mit der Bitte diesen zu unterschreiben.
Der Arzt wendet sich vor der Behandlung ausschließlich für die Aufklärung und Einwilligung in die Behandlung an den rechtlichen Betreuer.
Der Jobcentermitarbeiter nimmt den Antrag der betreuten Person mit Verweis auf die rechtliche Betreuung nicht entgegen.

2. Selbstbestimmung in der rechtlichen Betreuung

Die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts steht im Mittelpunkt der rechtlichen Betreuung, § 1821 Abs. 2 BGB.

- Grundsätzlich wird der Betreuer vom Betreuungsgericht ausgewählt und bestellt, § 1816 BGB
- Wünscht der Betroffene eine bestimmte Person als Betreuer, ist diesem Wunsch zu entsprechen
- Voraussetzung ist die Eignung der gewünschten Person (Führungszeugnis, Schuldnerverzeichnis)
- Unterstützung bei der Besorgung der rechtlichen Angelegenheiten vs. rechtliche Vertretung
- Der Betroffene soll befähigt werden, sein Leben nach seinen Vorstellungen und Wünschen gestalten zu können
- Es besteht zur Feststellung der Wünsche eine Kontakt- und Besprechungspflicht
- Wünsche und Vorstellungen der betreuten Person müssen eruiert werden und auch das, was die betreute Person nicht will
- Der Betreuer hat diesen Wünschen zu entsprechen und bei deren Umsetzung rechtlich zu unterstützen
- Betreute Person UND Betreuer erhalten identische Schriftsätze des Amtsgerichts

Beispiele:
Die betreute Person lehnt die empfohlene Impfung oder Medikation des behandelnden Arztes ab.
Das der betreuten Person zur Verfügung stehende Taschengeld möchte der Betroffene ausschließlich für Süßigkeiten ausgeben.
Die betreute Person möchte weiterhin in der eigenen Wohnung wohnen bleiben und lehnt den Umzug in eine stationäre Einrichtung ab.

3. Wunscherfüllung und Wunschbefolgungspflicht

- Schutzauftrag bleibt bestehen – Entscheidungen sind weiterhin ohne oder gegen den Willen des Betreuten möglich, wenn sie notwendig sind (z.B. Geschäftsunfähigkeit, Einwilligungsvorbehalt Vermögenssorge)
- Regelung in §1821 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Betreuungsführung orientiert sich grundsätzlich an der Selbstbestimmung und den Wünschen der betreuten Menschen
- Wünsche sind Richtschnur für betreuerisches Handeln
- Keine Abwägung von objektivem Wohl und dem persönlichen Willen des Betreuten mehr
- Wünsche müssen in persönlichen Gesprächen durch den Betreuer festgestellt und besprochen werden
- Das Handeln soll zwischen Betreuer und betreuter Person abgestimmt werden
- Wenn keine freie Willensbildung (mehr) vorliegt, soll der mutmaßliche Wille beachtet werden
- Wünsche gelten als Maßstab für Aufsicht und Kontrolle des Betreuers durch das Amtsgericht
- Benennung der Wünsche ggü. dem Amtsgericht in den Jahresberichten
- Gem. § 1821 Abs. 3 BGB hat die Wunschbefolgungspflicht ihre Grenzen:
- Gefahr für Person oder Vermögen des Betreuten, fehlende Einsichtsfähigkeit des Betreuten aufgrund von Beeinträchtigung, Gefährdung von Dritten, Unzumutbarkeit für Betreuer
- Unzumutbarkeit liegt vor bei: Rechte und Aufgabenbereich des Betreuers sind betroffen, es droht Strafbarkeit, fehlende pers. Ressourcen
- Werden Wünschen nicht befolgt, sollte dem Amtsgericht eine Mitteilung gemacht werden und es muss ggf. eine persönliche Anhörung durch den Rechtspfleger erfolgen

Beispiele:
Der Betroffene wünscht die Eröffnung eines zweiten Girokontos trotz doppelter Kontoführungsgebühren, um monatlich Geld anzusparen. Er kann die Kontoeröffnung nicht selbst durchführen und wünscht das stellvertretende Handeln des Betreuers.
Der Betroffene verwendet seine Sozialleistungen nicht zur Bezahlung der monatlichen Miete. Er wünscht keine Bezahlung der Miete und sagt dem Betreuer, ihm sei egal, wenn er die Wohnung verliert. Er könne auch bei einem Freund schlafen.

4. Unterstützte Entscheidungsfindung

Betreute haben das **Recht EIGENE Entscheidungen** zu treffen.
Eine rechtliche Betreuung birgt die Gefahr, dabei übergangen zu werden oder andere Personen entscheiden – unbewusst „nur zum Guten".
Stärkung der Selbstbestimmung → **zentraler Maßstab: WÜNSCHE der betreuten Personen**

Rolle der Betreuer

- Unterstützung bei der Wahrnehmung der Entscheidungsfreiheit
- wichtige Faktoren: Zeit, Ergründung der Wünsche und Bedürfnisse
- Entscheidung ist kein rationaler objektivierbarer Prozess
- Einfluss von: Unsicherheit, Scham, Angst, kulturelle oder familiäre Hintergründe, sozial erlerntes Verhalten

Wir kann eine selbstbestimmte Entscheidungsfindung gelingen?

- Entspannte und möglichst angstfreie Atmosphäre schaffen
- Zeit für Entscheidung nehmen
- Sachlage herausarbeiten und erläutern → Pro- und Contra-Liste erstellen
- Bedürfnisse und Wünsche erfragen, keine Mutmaßungen!
- Handlungsoptionen und alternative Entscheidungsmöglichkeiten aufzeigen
- Konsequenzen benennen
- Wertschätzung zeigen
- Eigene Einschätzung zum richtigen Zeitpunkt einbringen, wenn rechtliche Betreuung als Hilfe empfunden wird
- Bereitschaft, Empfehlungen zu geben
- Dafür sorgen, dass eine reflektierte Entscheidung getroffen wird
- Sich der Beeinflussung durch die Erwartung des Umfelds bewusst sein
- Konflikte gehören u.U. dazu

Herausforderung für den Betreuer:

- Spannungsfeld zwischen den subjektiven Wünschen der betreuten Person und der subjektiven Sicht des Betreuers
- Zeitmangel
- **Eine ersetzende Entscheidung** wird unumgänglich sein, wenn die Bildung oder Mitteilung des Willens aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung nicht möglich ist

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Unterstützte Entscheidungsfindung

Methoden und Tipps für den Berufsalltag



LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Die Unterstützte Entscheidungsfindung ist Handlungsziel und Konzept zugleich.
Sie ist ein Rahmen, in dem sich Betreuer*innen zu bewegen haben.

Dagmar Brosey

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Tipps für die Praxis rechtlicher Betreuer*innen*

- 1 Sachverhalt pro 1 Sitzung
- Worum soll es gehen?
- Welches Setting ist hilfreich? Entspannte und möglichst angstfreie Atmosphäre schaffen und einfühlsam sein.
- Welche Kommunikationstechnik wird benötigt?
- Ermutigung eigene Wünsche und Bedürfnisse wahrzunehmen und vertrauensvoll zu äußern
- Gesprächsinhalte dokumentieren Zeit zum Überlegen geben
- Wer kann als weiterer Gesprächspartner hilfreich sein? (siehe Circle of Support)
- Ziele benennen und kleine Schritte verschriftlichen

* Sanna Zachej

- Nutzen Sie einfache, offene Fragen statt Entscheidungsalternativen.
- Lassen Sie Stille zu – nicht jede Antwort kommt sofort.
- Beobachten Sie nonverbale Signale.
- Fassen Sie zusammen und bitten um Bestätigung

- Nur zwei Alternativen gleichzeitig anbieten
- Visualisierungen: Bilder, Karten, Symbole
- Entscheidungen aufteilen und in Einzelschritte bringen

* Sanna Zachej, Arbeitsstelle rechtliche Betreuung

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg



Was ist der Circle of Support?

- Ein „Circle of Support“ ist ein Kreis aus Menschen, die die betreute Person
- kennt und denen sie vertraut. Dazu können Angehörige, Freundinnen,
- Betreuerinnen, Nachbarinnen, Kolleginnen oder andere Bezugspersonen gehören.
- Ziel ist es, gemeinsam die betreute Person bei Entscheidungsprozessen zu
- unterstützen – ohne ihr die Entscheidung abzunehmen.

Wie läuft der Circle of Support ab?

- **1. Zusammenstellung des Kreises**
- Die betreute Person entscheidet, wer Teil des Kreises sein soll.
- **2. Thema oder Entscheidung klären**
- Die betreute Person bringt ein Thema oder eine anstehende Entscheidung
- **3. Informationen sammeln und verständlich machen**
- Die Mitglieder helfen, Informationen zu sammeln, zu erklären und verschiedene Optionen aufzuzeigen.Es wird darauf geachtet, dass alles in verständlicher Sprache und ggf. mit Hilfsmitteln (Bilder, Modelle) erklärt wird.
- **4. Austausch und Beratung**
- Die Gruppe diskutiert gemeinsam die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten. Die betreute Person kann Fragen stellen, Unsicherheiten äußern und sich verschiedene Meinungen anhören.
- **5. Entscheidung treffen**
- Die betreute Person trifft – mit der Unterstützung des Kreises – selbst die Entscheidung.
- Die Gruppe respektiert den Willen der Person, auch wenn sie selbst vielleicht anders entscheiden würde.
- **6. Umsetzung und Nachbereitung**
- Der Kreis kann bei der Umsetzung der Entscheidung helfen (z. B. bei Anträgen, Organisation).
- Es wird gemeinsam geschaut, ob die Entscheidung gut war oder ob nachgesteuert werden muss.

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Visuelle Hilfsmittel

Bildkarten Zeigen verschiedene Optionen oder Konzepte, um Entscheidungen visuell zu erleichtern.

Piktogramme und Symbole Eignen sich besonders für Menschen mit eingeschränkten Sprachkenntnissen.

Mindmaps oder Diagramme Helfen, Informationen zu strukturieren und Entscheidungen zu veranschaulichen.

Technische Hilfsmittel

Tablets mit Apps Spezielle Kommunikations-Apps wie „Proloquo2Go“ oder „Speech Assistant“ können dabei helfen, Gedanken auszudrücken.

Sprachausgabegeräte Unterstützen Menschen, die verbal nicht kommunizieren können.

Online-Plattformen Tools wie Entscheidungsunterstützungssoftware oder digitale Checklisten erleichtern den Prozess.

Sprachunterstützende Materialien

Einfache Sprache Schriftliche Informationen sollten kurz und klar formuliert sein.

Erklärvideos Nutzen Sie audiovisuelle Inhalte, um Sachverhalte verständlicher zu machen.

Gegenstände oder Modelle Zeigen Sie physische Objekte, die mit der Entscheidung zusammenhängen (z. B. Musterprodukte).

Soziale Unterstützung

Dolmetscherinnen oder Mediator*innen Insbesondere bei sprachlichen oder kulturellen Barrieren hilfreich.

Unterstützender Gesprächskreis Einbindung von Angehörigen oder vertrauten Personen zur Klärung von Fragen.

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Unterstützte Entscheidungsfindung

Leicht und gut gemacht

Die Broschüren wurde von Menschen mit Behinderungen in Workshops und Redaktionstreffen erstellt. Sie richten sich an Menschen, die eine Entscheidung treffen müssen und deren Unterstützer*innen.

*Line Menzel

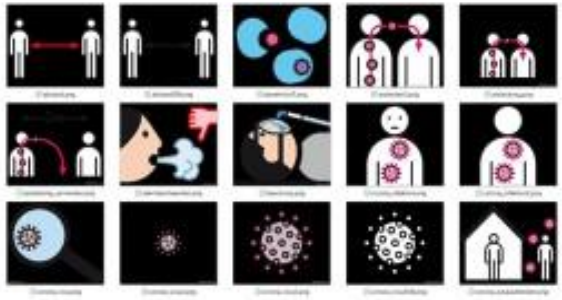


LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Metacom – Symbole





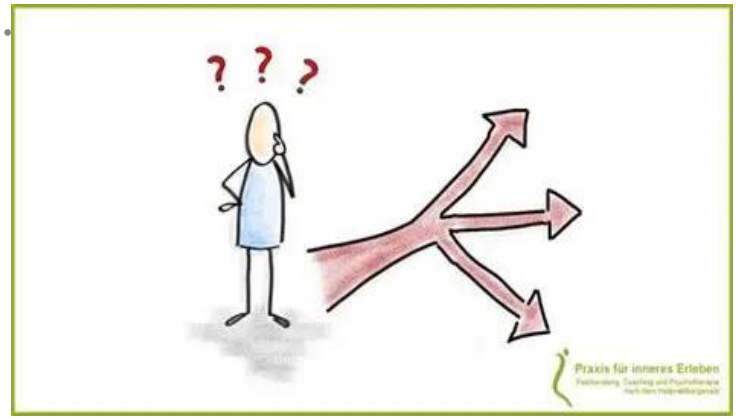




Quelle: METACOM 8 – Symbole zur Unterstützten Kommunikation (metacom-symbole.de)

Unterstützte Entscheidungsfindung

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg



Quellen und Literaturverzeichnis zu der Broschüre
„Unterstützte Entscheidungsfindung Leicht und gut gemacht“,

Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. (2021)

Mit Fußnote in der Broschüre (*1) NETZWERK ARTIKEL 3 e.V. (2018), Schattenübersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention URL:
http://www.nw3.de/attachments/article/130/BRK-Schattenuebersetzung-3-Auflage-2018.pdf
(Stand: 06.05.2021)

(*2) Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (1975), SGB I §14,
https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_1/__14.html
(Stand: 06.05.2021)

•Unterstützende Entscheidungshilfe in der rechtlichen Betreuung, eine Arbeitshilfe der Arbeitsstelle rechtliche Betreuung des SKM Bundesverband e. V.
https://betreuungsvereine-in-aktion.de/wp-content/uploads/Unterstuetzende_Entscheidungsfindung_Endf.pdf
•*Interessenvertretung Selbstbestimmt Lebens e. V., Berlin*

•Broschüre Unterstützte Entscheidungsfindung - Leicht und gut gemacht
https://www.isl-ev.de/attachments/article/2576/UE_Leicht_und_gut_gemacht.pdf

•Broschüre Unterstützte Entscheidungsfindung, Leicht und gut gemacht, Leichte Sprache
https://www.isl-ev.de/attachments/article/2576/UE_Leicht_und_gut_gemacht_LS.pdf

•Broschüre Unterstützte Entscheidungsfindung, Mitmachheft, Leichte Sprache
https://www.isl-ev.de/attachments/article/2576/UE_Mitmachheft_LS.pdf

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2020), Betreuungsrecht/Vorsorgevollmacht URL:
Betreuungsrecht - Mit ausführlichen Informationen zur Vorsorgevollmacht
(Stand: Juli 2025)
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2020), Patientenverfügung. Leiden – Krankheit – Sterben
URL: Patientenverfügung
(Stand: 06.05.2021)
- Netzwerk Persönliche Zukunftsplanung e.V. (o.J.), Was ist Persönliche Zukunftsplanung?, Startseite Persönliche Zukunftsplanung, URL: https://www.persoenliche-zukunftsplanung.eu/persoenliche-zukunftsplanung/was-istpersoenliche-zukunftsplanung.html
(Stand: 06.05.2021)
- Fachstelle EUTB (o.J.), Beratungsangebote der EUTB, URL:
https://www.teilhabeberatung.de/beratung/beratungsangebote-der-eutb
- Fachstelle EUTB (o.J.), App „Teilhabeberatung" steht ab sofort zur Verfügung URL:
https://www.teilhabeberatung.de/meldung/app-teilhabeberatung-steht-ab-sofort-zurverfuegung
- Literaturverzeichnis Deutsches Institut für Menschenrechte (2015), Abschließende Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands zur - Jürgen Froitzheim u.a., (1978), Wie entscheide ich mich, Entscheidungen im sozialen Bereich, Ein Text- und Arbeitsbuch zum Selbstlernen und für die Arbeit in Gruppen
- Philipp Meissner: Entscheiden ist einfach: Wenn man weiß, wie es geht!
- Stefan Doose (2020), I want my dream: Persönliche Zukunftsplanung Neue Perspektiven und Methoden einer personenorientierten Planung mit Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen

UND hilfreich ist auch:

Hurraki – das Wörterbuch in einfacher Sprache
https://hurraki.de/wiki/Deutsche_Sprache

* Zusammenstellung aller Unterlagen in Anlehnung an Sanna Zachej, Arbeitsstelle rechtliche Betreuung DCV, SkF und SKM

Das Modellprojekt:

Erweiterte Unterstützung (EwU)
§ 11 Abs. 3, 5 BtOG i.V.m.
§ 8 Abs. 2 BtOG

Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Caritas Betreuungsverein

Landeshauptstadt Potsdam

Werdegang Modellprojekt

Juni 2023
Kooperationsvereinbarung zwischen dem Caritas BV und der Betreuungsbehörde der LHP
Recherche zu bisherigen Erfahrungen in anderen Bundesländern
Erstellung von Vorlagen für Dokumentation

Februar 2024
Übernahme erster Klienten

Dezember 2024
Eingang Förderbescheid vom LASV

Juni 2025
Erster Zwischenbericht der LHP an das LASV

Ablauf Installation Erweiterte Unterstützung

- Anregung reBetreu beim Amtsgericht durch Klienten
- Weitergabe der Anregung an Betreuungsbehörde
- Prüfung der anderen Hilfen / EwU durch BTB
- Info mit Kontaktdaten an Caritas BV
- Kennenlerngespräch und Prüfung der Voraussetzungen der EwU
- Abschluss Vereinbarung oder Ablehnung/Rückgabe an BTB

Herausforderungen

- Betreuungsbedarf + Mitwirkungsfähigkeit + positive Prognose
- Freiwilligkeit der Hilfe, Einsicht in Bedarfe, Eigeninitiative
- Erwartungshaltung der Betroffenen, Wunsch nach Unterstützung
- Unklare Verfahrensabläufe
- Unterstützungsmöglichkeiten in 3-6 Monaten sind begrenzt

Checkliste EwU

Anhaltspunkte für Beeinträchtigung/Erkrankung oder Diagnose
Kein Vertretungsbedarf
Prognose zum Unterstützungsbedarf →
Vermeidung reBetreu? Einschränkung Aufgabenbereiche?
Erfassung von Gesprächsinhalten
Grundverständnis für erforderliche Anträge
Grundverständnis für die eigene Problemlage
Entscheidungsfähigkeit
Kooperationsbereitschaft
Freiwilligkeit
Veränderungswillen
Motivation
Zuverlässigkeit
Mobilität

Zahlen (Stand November 2025)

57 Verfahren seit Februar 2024

Davon 23 Vereinbarungen mit Klienten geschlossen

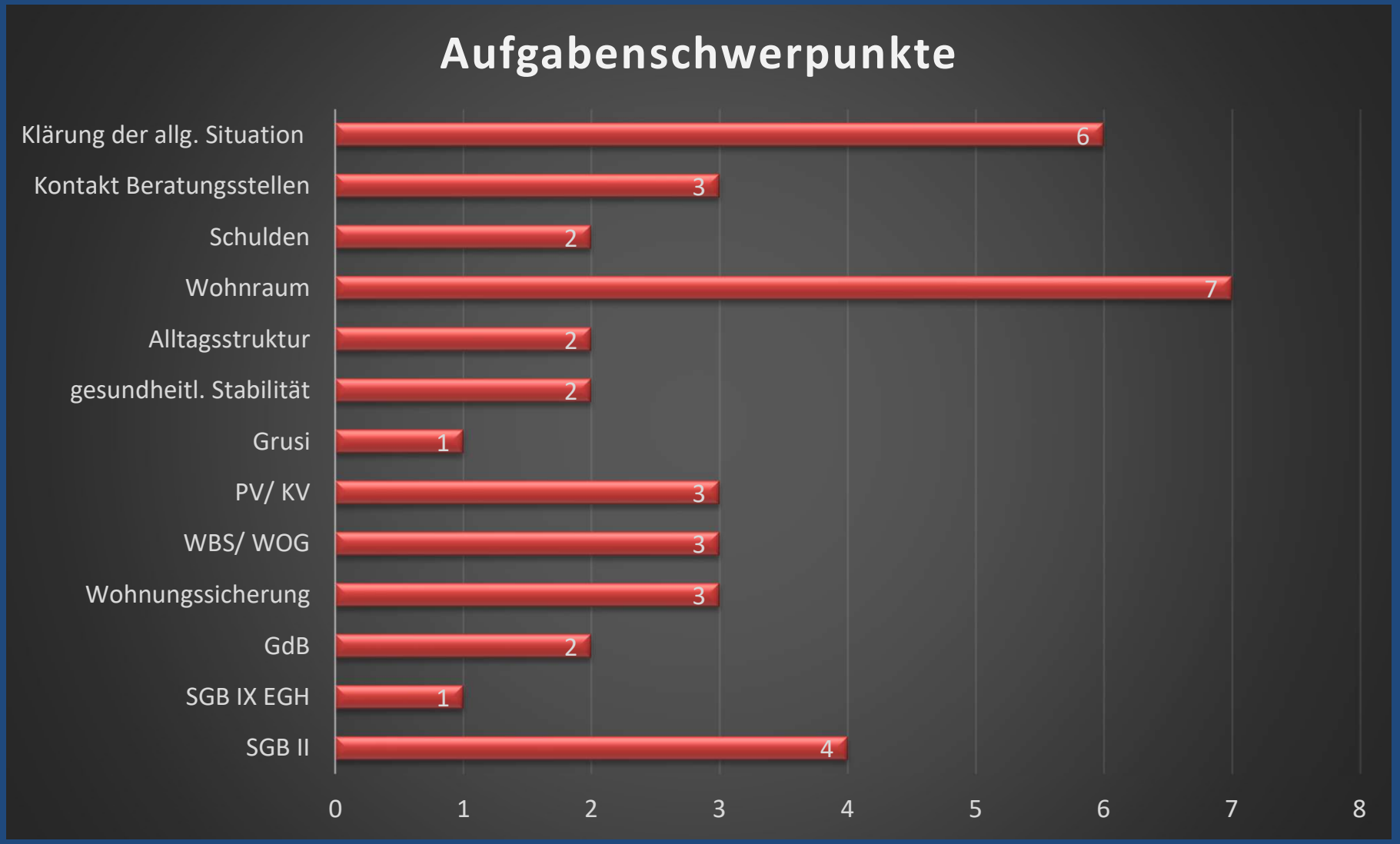
- davon 11 Verlängerungen um drei Monate
- davon 5 erfolgreich beendet

Beendigungsgründe

- Anbindung weiterführende Beratung
- fehlende Mitwirkung
- Zeitablauf des Projektes (max. sechs Monate)
- Umzug des Klienten

In den umgesetzten Fällen wurden 2-3 Aufgabenschwerpunkte festgelegt. So sind Mehrfachnennungen möglich.

Landeshauptstadt Potsdam



Landeshauptstadt Potsdam

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Haben Sie weitere Fragen?